43/74

Nr. 75 XXVIII. Jahrgang Mittwoch, 17. März 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13538, 13597, 17169. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
Grundpreis 22 mm breit. M. 1.80, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 81 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Auskunft 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Nachlaßanzeigen 20 Pf. Preiserhöhung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Einlagen, z. B. in den Vereinigten Staaten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 1.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die furchtbaren Folgen des Berliner Putsches

Blutige Straßenkämpfe in Dresden — General Maercker, von Lüttwitz seines Amtes entsetzt, hält zur Regierung — General Groener und Hindenburg gegen Kapp und Lüttwitz — Die „Regierung" Kapp vor dem Zusammenbruch

Wer ist schuldig?

Unsre nur allzu nahe liegende Prophezeiung, daß der gewaltsame verantwortliche Berliner reaktionäre Putsch schlimme Früchte zeitigen werde, hat sich in vielen Städten im Reiche, wie es scheint, am furchtbarsten in dem sonst so friedliebenden Dresden mit seiner in überwiegender Mehrheit politisch gemäßigten Bevölkerung erfüllt. Wetterzeichen flammten schon am Sonntag auf. Am Montag zogen der Bürgerkrieg, Blut ist geflossen, Menschen haben auf Menschen geschossen, als lägt nicht der Hammer des Krieges hinter uns, als stünden wir noch mitten im schrecklichen Toben der Gewalten. Aber dieser Krieg, der Bürgerkrieg, der gestern an Toten und Verwundeten zweifellos über ein halbes Hundert Menschen gerafft hat, ist nicht nach dieser Zahl zu bemessen. Hier kämpfen deutsche Menschen auf deutsche Menschen. Dies ist das Furchtbare. Und es ist um so schrecklicher, weil diese sinnlose Bruderschlacht entfesselt worden ist in dem Augenblick, da wir — ohne allzu optimistisch zu sein — die ersten Zeichen der Genesung unsres öffentlichen Lebens, der Wiederkehr des Vertrauens zu uns im Auslande feststellen durften.

In Dresden hat sich die Reichswehr ebenso wie die Zeitfreiwilligen und die Einwohnerwehr wie in Sachsen überhaupt auf die Seite der Regierung und der Verfassung gestellt. Das war leider nicht in ausreichendem Maße bekanntgeworden. Infolge des überaus ruhig und durchaus diszipliniert verlaufenen Proteststreikes erschienen auch die Zeitungen nicht. So ward das Gerücht Herr der Gemüter und der Straße, die von einer Menge erwartungsvoller, leichter Menschen durchflutet war. In dieser Menge sicher haben zweifellos die unverantwortlichen Hetzer und Provokateure um so erfolgreicher arbeiten können, weil durch das Fehlen der Presse und authentischer Tatsachenmitteilung und Aufklärung alles, das Unsinnigste Glauben fand.

Wie immer bei solchen beklagenswerten Ereignissen, wie sie sich gestern in Dresden abspielten, wird es nachmalig so gut wie unmöglich sein, festzustellen, wer zuerst und unbefugt Gewalt angewendet und diesen blutigen Montag verschuldet hat. Aber sind in Dresden, wie in andern Städten, wo gestern auf den Straßen geschossen wurde, die letzte, ursächliche Schuld und die eigentlichen Schuldigen zu suchen? Diese Frage ist leicht zu beantworten. Wir brauchen ihr nur eine andre zugesellen, um klar zu sehen. Wäre gestern auch nur eine Minute losgegangen, hätte irgendwer versucht, das Postamt oder sonst ein öffentliches Gebäude in seine Macht zu bringen, wenn Herr Kapp und seine Helfershelfer und Verführten den Putsch in Berlin nicht unternommen hätten? Auf diese Frage gibt es nur ein Nein ohne Phrase. So liegt die eigentliche, die tiefere, die ursächliche Schuld für alles, was in Dresden und in Leipzig und in andern Städten zum blutigen Ereignis geworden ist, auf Herrn Kapp und seinen Leuten. Diese Blutschuld ist nicht wegzuwischen. Dazu kommt aber all das Unheil, das der weiße Schrecken sonst noch das deutsche Volk trifft.

Es kann trotz den schönen Verheißungen, daß man in Berlin nur eine sachliche und fachliche Verbesserung der Reichsverwaltung, keineswegs eine politische Reaktion anstrebe, kein Zweifel darüber bestehen, daß zum mindesten die Ausführung der Kappisten-Pläne das Gegenteil erkennen läßt. Der bekannte mehrheitssozialistische Abgeordnete Loebe hat Dresden auf der Reise nach Stuttgart passiert und über ein wahres Schreckensregiment in Breslau berichtet. Dort haben Kappisten die Arbeiterführer, ruhige und gemäßigte Leute verhaftet, die Druckerei der „Volkswacht", des sozialdemokratischen Organs, demoliert, Beteiligung an einem Demonstrationsstreik gegen Herrn Kapp und seine Leute mit Erschießen bedroht. Und in Weimar haben sie den sozialdemokratischen Abgeordneten Baudert und den Führer der Demokraten verhaftet. So sieht die „Meinungsfreiheit" der Kappisten aus. Aufs Haar wie ihre „Fachleute". Wie der famose Rechtsanwalt Brodereck, den sie an die Stelle eines Mannes wie Ulrich Rauscher, eines der tüchtigsten und erfahrensten Pressemänner und Schriftsteller Deutschlands, setzten, während sie Rauscher einsperrten. So die Pressefreiheit, daß man in Berliner Reaktionsbureaus eindringt, die Presse völlig knebelt!

Nein, die schwere, furchtbare Schuld des Herrn Kapp und seiner Genossen findet keinen Milderungsgrund in den sogenannten besten Absichten. Wenn man heute Herrn Bela Kun vernimmt, oder sonstwie Prediger der Gewalt, die seiner verbrecherischen Wesensart verwandt sind, so haben sie natürlich auch „ideale Gründe" zur Hand. Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Das wußten die Berliner Herren. Sie mußten damit rechnen und haben es auch zweifellos getan. Sie wußten, daß sie mit ihrem Aufruhr auch die — mit Schiller zu sprechen — „Grundsuppe der Republik aufrühren" würden. Daß Elemente, die bei ruhiger Weiterentwicklung der Dinge ruhig in der Tiefe blieben, zugleich mit allen Auswüchsen der Gewaltsamkeit aufgepeitscht würden. Um so schwerer wiegt die Schuld auf den Häuptern der Berliner Putschisten. Ganz Deutschland rückt von ihnen ab. Heute erfahren wir, daß Männer wie General Groener und Hindenburg anstreben, die von den Kappisten irregeführten Reichswehrtruppen zum Gehorsam gegen Gesetz und Verfassung zurückzuführen.

Wir zweifeln nicht daran, daß es gelingen wird. Die „Regierung" Kapp wird die kürzeste sein, die Deutschland je erlebt hat.

Aber ihre Schuld muß abgerechnet werden. Herr Kapp und seine Genossen müssen vor einen Staatsgerichtshof gestellt werden. Sonst erleidet das öffentliche Rechtsbewußtsein eine nicht wieder gutzumachende Niederlage. Wer durch Gewaltunternehmungen das Leben der Nation in schwerste Gefahr bringt, der darf nicht straffrei ausgehen, stehe er nun auf der äußersten Linken oder der äußersten Rechten. Die Wirkungen solcher Taten bleiben in jedem Falle die gleichen unglückseligen. Und in jedem Falle muß im Rechts- und Ordnungsstaat die Anwendung der Gesetze gegen alle Gewalttäter und Aufrührer gleich bleiben.

Mit Aufrührern gibt es keine Verhandlungen. Erst wenn die Ordnung wiederhergestellt, die verfassungsmäßigen Gewalten am Ruder sind, kann darüber beraten und beschlossen werden, wie Mängel der Regierung und Unzulänglichkeiten Regierender gebessert werden sollen. Der Fall Kapp muß mit den gesetzlichen Mitteln erledigt werden. Die Regierung aber muß erkennen, wo ihre Angriffspunkte liegen. So wenig es angängig ist, dem überarbeiteten Konkursverwalter die Schuld des Bankrotteurs aufzuhalsen, so wenig darf eben für den Konkursverwalter etwas andres maßgebend sein, als seine Leistung. Um so schwerer der Bankrott, um so schwieriger und komplizierter die Arbeit. Alle Kräfte müssen dazu herangezogen werden, alle Kenner, alle Leistungsfähigen! Wer das in Parteiseligkeit verhindert, wird schwere Schuld zu tragen haben. Wenn die Flut die Dämme zu durchlöchern droht, müssen alle willigen und kräftigen Hände heran an den Deichbau. Deshalb muß Ordnung herrschen, nicht Aufruhr. Besonnenheit, nicht Radikalismus. Deshalb darf das Unkraut nicht fortwuchern, das Herr Kapp gesät hat. Auch das Mißtrauen nicht. Wir haben es gestern mit Schaudern erlebt, wie auch aus Mißverständnissen und der Einmischung zerstörungssüchtiger Elemente unter die Schützer der Ordnung Freund auf Freund geschossen hat. Es darf kein Blut mehr fließen, die Vernunft muß herrschen. Nicht der Haß. Nur so können wir das furchtbare Unheil begrenzen und erreichen, daß es nicht weiterwächst. Wer am Gegenteil arbeitet, wird der Mitschuldige der Berliner Putschisten. Wer will das? Wir hoffen keiner.

*

Die Vorgänge in Dresden

Kundgebungen gegen die Reaktion

Die Nacht zum Sonntag verlief in Dresden ohne ernste Zwischenfälle. Es kam zwar an einigen Vergnügungsstätten zu Zusammenrottungen, was eine Anzahl Gaststättenin haber veranlaßte, ihre Betriebe vor Eintritt der Polizeistunde zu schließen. Nach einer Meldung von Wolffs Sächsischem Landesdienst wurden einige kleine Trupps spartakistischer Elemente, die Unruhe stiften und Gefangene befreien wollten, ohne Blutvergießen durch militärische Sicherheitsorgane zerstreut.

Am Sonntag vormittag gegen 11 Uhr zogen mehrere Demonstrationszüge durch die Straßen der Stadt zum Wiener Platz und zum Kaiser-Wilhelm-Platz, wo Kundgebungen gegen die Berliner reaktionären Bestrebungen stattfanden. Redner der Sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen und des Gewerkschaftskartells forderten zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Reaktion auf und proklamierten einen eintägigen Generalstreik für ganz Sachsen, der Sonntag nachts 12 Uhr beginnen sollte. Kommunistische Redner, die gelegentlich dieser Versammlungen zu Worte kamen, forderten den Anschluß an Sowjet-Rußland, die Bewaffnung des Proletariats und die Ausdehnung des Generalstreiks, bis „die Reaktion ausgehungert" sei. Diese radikalen Forderungen fanden in der Menge nur wenig Beifall. Die Kundgebung am Wiener Platz, wo u. a. der Mehrheitssozialist Abgeordneter und Stadtrat Kirchhof und der unabhängige Abgeordnete Fleißner sprachen, endete mit einer Ansprache des unabhängigen Stadtverordneten Rösch, der die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes forderte. Dann zog die Menge mit roten Fahnen unter dem Gesang sozialistischer Lieder im Demonstrationszuge durch die innere Stadt nach der Neustadt, wo sie sich ebenso wie die Demonstranten am Kaiser-Wilhelm-Platz bald zerstreute. Zu Ausschreitungen ist es hierbei nicht gekommen.

*

Der Generalstreik

Am Montag ruhte in Dresden und der Umgebung infolge des Generalstreiks der pünktlich durchgeführt wurde, jeder Verkehr. Der Straßenverkehr war völlig eingestellt, der Bahnhof durch Streikende geschlossen. Die elektrische Bahn verkehrte nicht. Nur die lebenswichtigen Betriebe, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke arbeiteten. Fast ohne Ausnahme waren die Verkaufsläden geschlossen. Nur kleinere Lebensmittelgeschäfte, die ohne Personal arbeiten, öffneten am Nachmittag kurze Zeit ihre Läden. Alle Schankstätten waren geschlossen. Die Stadt bot ein fast sonntägliches Bild. An den Straßen drängten sich die Fußgänger. Hier und da bildeten sich Gruppen, die die politischen Ereignisse mehr oder weniger leidenschaftslos besprachen. Wer dieses friedliche Bild sah, konnte nicht ahnen, daß sich in Dresden blutige Ereignisse vorbereiteten.

Für den Nachmittag hatten die beiden sozialdemokratischen Parteien gemeinsam Versammlungen in verschiedenen Lokalen der Stadt einberufen, die sämtlich stark besucht waren. Im „Kristallpalast", wo die Hauptversammlung stattfand, sprachen der Mehrheitssozialist Hänsel und der Unabhängige Rösch über die gegenwärtige Lage. Die Mehrheitssozialisten, betonte Hänsel, würden Hand in Hand mit den Unabhängigen gegen das reaktionäre Berliner Regiment auftreten. Das Mißtrauen gegen die hiesige Reichswehr sei unberechtigt. Die sächsische Regierung werde den Belagerungszustand und die Schutzhaft aufheben. Die Befehlsgewalt des Wehrkreises IV sei in Sachsen beschränkt worden, die Demobilisation der Zeitfreiwilligen solle alsbald eingeleitet werden. — Stadtverordneter Rösch ergänzte diese Darlegungen: Bei dem gemeinsamen Vorgehen mit der sozialdemokratischen Partei handle es sich nur um eine gemeinsame Abwehr der Reaktion. Alle weiteren Schlußfolgerungen seien irrig. Die sozialistischen Parteien müßten alles Trennende zwar nicht vergessen, aber ruhen lassen. Die Bewaffnung des Proletariats sei eingeleitet, wozu allerdings nur wenig Waffen zur Verfügung ständen, deren Verteilung durch die Parteileitungen beider Richtungen geregelt werde. Die Einwohnerwehr bestehe aus zuverlässigen sozialistischen und demokratischen Personen, denen der Schutz der öffentlichen Gebäude anvertraut sei. Die Unabhängige Partei habe ihre Stellung zur Einwohnerwehr inzwischen korrigiert, daß sie es dem einzelnen anheimstelle, Mitglied der Einwohnerwehr zu werden. Das Vorgehen der Offiziere, insbesondere Maerckers, werde streng überwacht.

*

Blutige Kämpfe auf dem Postplatz

Bereits am Sonntag haben sich auf dem Haupttelegraphenamt am Postplatz Vorgänge abgespielt, die zunächst keine Veranlassung für die Annahme boten, daß sich daraus so beklagenswerte blutige Ereignisse entwickeln würden, wie sie am Montag in den Nachmittags- und Abendstunden eintraten. Wahrscheinlich im Anschluß an die Protestkundgebungen am Sonntag vormittag hatte ein Trupp aufrührerischer Elemente das Haupttelegraphenamt besetzt, und die Reichswehr, die bis dahin das Haupttelegraphenamt sichern sollte, umringt und entwaffnet. Auf diese Weise waren die Aufrührer in den Besitz von Maschinengewehren und andern Waffen gekommen. Auf Anordnung der Regierung nahm dann die Einwohnerwehr dem Amte Besitz und vertrieb die Eindringlinge. So blieben die Verhältnisse auf dem Haupttelegraphenamt bis zum Montag mittag. Der Postplatz war schon am Sonntag vormittag dauernd der Sammelplatz für allerlei verdächtige Elemente, zu denen sich, wie in solchen Fällen leider immer, eine große Zahl neugieriger Passanten, darunter viel Frauen und Kinder, gesellten.

In der zweiten Mittagsstunde des Montags bemerkte man in der Nähe des Stadtwaldschlößchens ein großes Lastautomobil, das mit zwei Maschinengewehren und einer Anzahl bewaffneter, mit Stahlhelm ausgerüsteter Leute besetzt war, die dem Anschein nach nicht der Reichswehr angehörten. Das Automobil trug an der Stirnseite eine rote Flagge und eine Kreideinschrift: Arbeiterwehr. Von diesem Automobil aus wurden anscheinend Waffen verteilt. Es dürfte kein Zweifel sein, daß das Automobil Sparlakiden zu sammeln versuchte. Das Automobil fuhr dann am Theaterplatz vorbei, hinter ihm her lief eine Schar zweifelhafter Elemente.

Etwa um diese Zeit wurde das Telegraphenamt wiederum von Putschisten besetzt, und zwar, soviel bekanntgeworden ist, in der Weise, daß sich Bewaffnete mit falschen Ausweisen unter die Einwohnerwehrbesatzung mischten. Diese war dadurch aktionsunfähig und verlangte Hilfe. Daraufhin ordnete die Regierung das Eingreifen der Reichswehr an. Hierüber liegt der folgende Bericht des Generalkommandos vor:

*

Der offizielle Bericht des Garnisonkommandos

Nach Eingang der Meldung, daß Spartakisten das Telegraphenamt stürmen wollten und die Einwohnerwehr der Aufgabe der Sicherung nicht gewachsen war, beauftragte auf Anforderung der sächsischen Regierung 2.30 Uhr nachmittags Generalmajor Müller das Garnisonkommando mit Besetzung des Telegraphenamtes. Die Ausführung erfolgte durch II./Reichswehrregiments 23 mit Inf.-Gesch.-Batterie, 2 Kampfwagen des Kampfwagenzuges 12 unter Befehl von Major Haenisel.

Die Truppe erreichte über die Königsbrücker Straße die Gegend des Theaterplatzes. Der vorausgeschickte Panzerkraftwagen wurde am Postplatz von der Menge beschimpft und danach beschossen. Beim Umdrehen kamen einige Zivilpersonen zu Schaden, die dieser Bewegung nicht rechtzeitig auswichen.

Die Truppe entfaltete sich zunächst gegen den Zwinger, von dem aus sie Feuer erhielt. Er wurde durch die 4. Komp. unter Hauptmann Dietze genommen. Am jenseitigen Rande des Zwingers erfolgte die Bereitstellung zum Angriff gegen das Telegraphenamt. Durch eine Aussprache zwischen Major Haensel und einigen ihm mit weißen Tüchern entgegenkommenden Zivilisten wurde festgestellt, daß das Telegraphenamt von der Einwohnerwehr besetzt war. Deren Verhalten zeigte jedoch, daß nicht zur Einwohnerwehr gehörige Elemente in erheblicher Anzahl darunter waren. Der wieder nach dem Postplatz vorstoßende Panzerwagen wurde durch Maschinengewehrfeuer aus Richtung Marienstraße und Haupteingang des Telegraphengebäudes beschossen, durch Bruch der Steuerung bewegungsunfähig und die Besatzung nach tapferer Gegenwehr niedergekämpft. Sechs Mann sind dabei gefallen. Auch der im andern Kampfwagen befindliche Führer des Kampfwagenzuges Rittmeister Knab wurde verwundet.

Als die Menge versuchte, sich an die Truppe heranzudrängen und mit Regierungsausweisen versehene Unterhändler wie am Tage vorher im Postamt die einzelnen Leute zu umringen drohten, ließ Major Haensel das Feuer der Batterie eröffnen und den Infanterie-Angriff bis an das Telegraphenamt vortragen.

7 Uhr abends ergab sich die Besatzung und wurde abgeführt. Die umliegenden Straßen wurden geräumt.

Das im Schloß liegende Zeitfreiwilligen-Bataillon v. Kirchbach unterstützte hierbei Schulter an Schulter die Reichswehr. Die Absperrung wurde zunächst bis an den Altmarkt vorgetragen.

Verluste der Reichswehr: 6 Tote, etwa 10 Verwundete, darunter 3 Offiziere.

Die Verluste der Einwohnerwehr und der Menge: etwa 20 Tote. Zahl der Verwundeten wird auf mindestens das Doppelte geschätzt.

Wie aus dem militärischen Bericht zweifelsfrei hervorgeht, war die Besatzung des Telegraphenamtes stark mit spartakistischen Elementen untermischt. Die regierungstreuen Teile der Besatzung glaubten jedoch offenbar, die ankommenden regulären Truppen, die gegen das Gebäude anrückten, seien zu den Reaktionären übergegangen. Derselben Ansicht war auch die Menge auf dem Postplatz, die das zuerst herbeigekommene Panzerauto, wie es heißt, mit Handgranaten angriff und schließlich stürmte. Es wird von Augenzeugen versichert, daß nur eine geringe Schar Spartakisten unter der Menge war. So mögen bei den schrecklichen Ereignissen wieder einmal allerhand Mißverständnisse die Situation unheilvoll beeinflußt haben.

*

Das Telegraphengebäude im Mittelpunkte des Kampfes

Trotz des Feuergefechtes haben die Beamtinnen des Telegraphenamtes mit bewundernswertem Mut ihre Pflicht erfüllt. Drei von ihnen wurden durch Schüsse leicht verletzt. Eine Anzahl Beamtinnen erlitten Herzkrämpfe und Nervenchoks. Aber der telephonische Dienst wurde mitten im Feuer nicht unterbrochen. So gaben die Beamtinnen und Beamten ein Muster der Pflichttreue und Ordnung.

Die Kämpfe um die Befreiung des Postamtes von den eingedrungenen Gewaltmenschen wurden gegen Abend immer erbitterter. Auf dem Platze wurde von Fanatikern die Räterepublik ausgerufen mitten im Getümmel. Aus den Häusern am Postplatz konnte man — nicht ohne Gefahr — beobachten, wie die Reichswehrtruppen schließlich Geschütze heranbrachten, einzelne Munitionsnester säuberten und vom Zwinger her nachdrangen. Es traten einige Male Gefechtspausen ein, weil man mit einer weißen Fahne aus zusammengebundenen Taschentüchern aus der Post winkte. Man verhandelte, aber die Truppen verlangten offenbar bedingungslose Uebergabe. Schließlich wurde das Geschütz in Stellung gegen die Post gebracht. Das bewirkte, daß nach kurzer Zeit das Tor sich öffnete und die Insurgenten, die andauernd mit Taschentüchern winkten, herauskamen. Sie wurden auf Waffen untersucht und gefesselt abgeführt.

Dadurch, daß sich nun Leute, die gar nicht zur Einwohnerwehr gehörten, unter die zum Schutze der Post gestellten Mannschaften der Einwohnerwehr gemischt hatten, ist es sehr leicht möglich, daß sich unter den als Aufrührer verhafteten Verteidiger der Post gegen die Aufrührer befinden. Darüber muß die Untersuchung Klarheit schaffen. Es ist furchtbar, zu denken, daß Mitglieder der Einwohnerwehr, bewaffnete Arbeiter und Bürger geglaubt haben — wie das Gerücht geht — gegen reaktionäre Kapp-Truppen zu kämpfen, während die Reichswehr in Dresden auf der Seite der ordentlichen Regierung stand und sieht, und ihrerseits gegen die Putschisten vorging, die nun glaubten, in dem allgemeinen Wirrwarr ihr Schreckensregiment aufrichten zu können.

Auch die Bevölkerung kennt sich nicht mehr aus in den Abzeichen, und es erscheint dringend notwendig, daß die Sicherheitswehr einheitlich uniformiert, oder doch so ausgerüstet wird, daß Mißverständnisse mit so schrecklichen Folgen ausgeschaltet werden.

Der Zwinger und die Gebäude am Postplatz und den angrenzenden Straßen, tragen die Spuren des Straßenkampfes. Die Flüchtenden stießen im Gedränge zahlreiche Schaufenster ein. Um 7 Uhr war der Postplatz menschenleer, das Postgebäude befreit. Die Truppen sperrten den ganzen Postplatz mit Stacheldrahtverhauen ab. Indessen setzte sich der Kampf in den Nebenstraßen in der Richtung der Wettinerstraße bis tief in die Nacht fort. Leuchtkugeln stiegen andauernd auf, die letzten Schüsse fielen um Mitternacht.

Die Leitungen der Straßenbahn wurden vielfach verletzt, so daß heute früh auf einer Anzahl Linien nach notdürftiger Ausflickung nur ohne Anhängewagen gefahren werden konnte.

Die

Toten und Verwundeten

wurden teilweise noch am Postplatz selbst, dann an der Sophienkirche hingelegt. Ueber ihre Zahl ist Genaues noch nicht festzustellen gewesen, doch fürchten wir, daß die bisher genannten Zahlen noch nicht ausreichen, um den ganzen Umfang des Unheils zu erkennen. Die amtliche Feststellungskommission nimmt erst heute mittag ihre Erörterungen auf. Amtlich gemeldet sind bis jetzt

12 Tote und 88 Verwundete,

die in den Krankenhäusern und Unfallstationen Aufnahme und Behandlung gefunden haben. Geschätzt wird die Zahl der Toten jedoch auf über 50 und die der Verwundeten auf über 200. Von den Verwundeten haben sich viele in Privatbehandlung begeben, so daß eine genaue Feststellung der Zahl zur Zeit unmöglich ist.

*

Der Militärbefehlshaber für Sachsen erläßt unterm 16. März folgende

Bekanntmachung

Auf Ansuchen der sächsischen Regierung habe ich den Oberbefehl über die gesamten Truppen in und um Dresden, über die Einwohnerwehr, die Zeitfreiwilligen, die Landessicherheitspolizei und die Polizeiorgane des Polizeipräsidiums übernommen.

Unverantwortliche Elemente sind im Begriff, die augenblickliche Verwirrung der Lage unsres Vaterlandes dazu zu benutzen, russische Zustände einzuführen und das Vaterland in das Chaos zu stürzen.

Ich will mit der mir anvertrauten Macht die sächsische Regierung und Verfassung schützen, Ruhe und Ordnung wiederherstellen und die lebenswichtigen Betriebe aufrechterhalten. Ich bin überzeugt, daß ich von dem ordnungliebenden Teile der Bevölkerung in meinem Bemühen unterstützt werde. Ich erinnere daran, daß verboten sind Versammlungen unter freiem Himmel und Ansagen jeder Art sowie das unbefugte Waffentragen.

Wer im Besitz von Waffen ist, ohne dazu berechtigt zu sein, hat diese unverzüglich in der Waffensammel-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200317/1